

## **Verheerende Signale für Frauenpolitik aus dem hohen Norden**

Wochenlang prägte das rot-grün-dänische Frauentrio die Bundesrepublik. Das waren hoffnungsvolle Signale. Die drei Spitzenkandidatinnen arbeiteten als Sprecherinnen ihrer Parteien engagiert, kompetent und mutig ein anspruchsvolles Programm für ein Modell einer Koalition aus.

Dagegen zeigt sich jetzt ein vollkommen anderes Bild: Nach überraschend zügigen Verhandlungen zwischen den beiden großen Parteien CDU und SPD wurde in vergangener Woche der neue Ministerpräsident in Schleswig-Holstein gewählt. Jener Peter Harry Carstensen, der in der schon in der Wahlnacht verkündete, bei der Zukunft Schleswig-Holsteins ginge es um die Arbeitsplätze "unserer Männer und Söhne" Schleswig-Holsteins. Das sollte schon den Weg weisen. In der Tat:

Der erster Schritt in den Koalitionsverhandlungen: Als zentrales Zugeständnis der großen Parteien an die Kommunen nickte sogar die SPD die Anhebung der Grenze der Pflichtbestellung von kommunalern hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten ab. Von achtzig Kommunen, die bislang hauptamtlich bestellen müssen, bleiben nur noch 40 Gebietskörperschaften übrig: ein Schritt zur Zerschlagung institutioneller Frauenpolitik. Die Bürgerinnen im Flächenland Schleswig-Holstein werden künftig in vielen Orten keine hauptberuflichen Ansprechpartnerinnenmehr finden, Frauenprojekte und andere werden Vernetzung und Zusammenarbeit künftig anders gestalten müssen.

Der zweiter Schritt erfolgte bei der Auswahl der MinisterInnenriege: Wer darf künftig federführend Politik in Schleswig-Holstein gestalten? Die einzigen Ministerinnen werden von der SPD gestellt und das für die nicht zu unterschätzenden aber eher klassischen weichen Bereiche Bildung und Soziales. Darüber hinaus wird es künftig nur eine Staatssekretärin geben Welch ein Paradigmenwechsel nachdem vorher die Hälfte der MinisterInnen weiblichen Geschlechts waren und die erste und einzige Ministerpräsidentin das Land kompetent führte.

Der dritter Schritt erwies sich mit der Aufspaltung des bisherigen Frauenministeriums auf zwei Ministerien. Auf die beiden Ministerien, die von den Ministerinnen geführt werden. Damit sind die Frauenthemen in unterschiedliche Zuständigkeiten aufgeteilt, und Frauenpolitik kann nicht mehr als Querschnittsaufgabe von einem Ministerium zentral gesteuert werden.

Welch ein Kultur- und Wertewandel! Bleibt nur zu hoffen, dass Schleswig-Holstein in dieser Frage nicht zum Leuchtturm für die

Bundesrepublik wird. Die Vorgaben des Koalitionsvertrages zur Veränderung der Kommunalverfassung mit der Hochsetzung der Einwohnergrenzen zur Bestellung von hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten dürfen nicht Eingang ins Gesetz finden.

Die BAG-Sprecherinnen fordern, dass die guten frauenpolitischen Traditionen aus dem Norden trotz all dieser Vorzeichen auch unter der großen Koalition ihre Fortsetzung finden.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Maren Wichmann  
Bundessprecherin

